

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Martin Güll

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Claudia Stamm

Staatssekretär Bernd Sibler

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung eines 9-jährigen Gymnasiums: "G9 neu" ([Drs. 17/14945](#))

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern ([Drs. 17/15007](#))

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 48 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Gehring für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen heute in Zweiter Lesung die Gesetzentwürfe für die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums, "G 9 neu", vor. Am Anfang des Jahres haben die Ersten Lesungen zu diesen beiden Gesetzentwürfen stattgefunden. Wir haben dann über diese Gesetzentwürfe im Ausschuss beraten. Wir können nach der Diskussion dieser Gesetzentwürfe feststellen: Das neunjährige Gymnasium in Bayern kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich erwarte natürlich, dass Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen werden. Die Diskussion über das G 8 ist alt. Am Ende sind wir aber zu einer Lösung gekommen, die wir mit unserem Gesetzentwurf vorgeben. Diese Lösung ist mit vielen Punkten identisch, die von der CSU-Fraktion beschlossen worden sind und demnächst in dieses Haus eingebracht werden. Ich darf daran erinnern, dass es diese Diskussion gab, seit das G 8 in Bayern eingeführt worden ist. Es gab eine Unzufriedenheit mit dem G 8. Dann gab es Vorschläge zu einer Reform. Darauf folgten einzelne Veränderungen. Dieses G 8 ist jedoch nie zur Ruhe gekommen. Deswegen haben wir in den letzten Jahren immer wieder die Diskussion über die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums geführt. Wir haben dabei unterschiedliche Reformvorstellungen entwickelt und immer wieder darüber diskutiert. Das Kultusministerium hat, wenn man so will, zwei Dialogforen durchgeführt, bei denen alle Betroffenen über dieses Thema gesprochen haben. Diese Dialogforen waren aber nicht sehr erfolgreich, weil es immer das Ziel der CSU, des Kultusministeriums und der Staatsregierung war, bei allem Dialog das achtjährige Gymnasium zu erhalten und es nicht zu verändern.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir unseren Gesetzentwurf eingebracht und vorgestellt. Dahinter steht das Konzept eines "G 9 neu". Wir haben darüber in diesem Parlament diskutiert, weil der Bayerische Landtag der Ort ist, an dem wir über dieses Thema diskutieren müssen. Wir müssen hier darüber reden, wie die Zukunft des Gymnasiums auszusehen hat. Wir sind der Gesetzgeber. Im Bildungsföderalismus ist dafür das Land zuständig.

Interessant war, dass sich die CSU-Kollegen an dieser Diskussion nicht beteiligt haben. Sie haben sich nicht an der Diskussion über die Zukunft des Gymnasiums in Bayern beteiligt. Sie haben keine eigenen Vorstellungen präsentiert. Sie haben sich bis zur Selbstverleugnung an dieser inhaltlichen Debatte nicht beteiligt. Sie haben diese Diskussion über das G 9 nicht geführt, weil Sie in Ihrem Innersten am G 8 festhalten wollten.

Wir kennen nun die Vorschläge, die Sie einbringen werden. Wenn man sich Ihre Vorschläge ansieht und sie mit unserem Gesetzentwurf vergleicht, wird man feststellen, dass vieles so ist, wie wir es in unserem Gesetzentwurf beschrieben haben. Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und die Presse haben dieses Thema in das Parlament gebracht. Es waren ferner die Verbände, die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien und der Philologenverband, die auf unserer Linie waren und dieses Thema vorangebracht haben. Währenddessen hat in der CSU-Fraktion ein Machtkampf getobt, bei dem es darum ging, eine Seehofer-Ansage doch noch nicht durchsetzen zu müssen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Märchen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier veranstaltet haben, war ein Beispiel für Machtpolitik und ein bildungspolitisches Trauerspiel. Danach sind bruchstückhaft verschiedene Varianten herausgekommen, wie das Gymnasium nach Ihrer Auffassung aussehen sollte. Am Ende hat sich jedoch das durchgesetzt, was im Gesetzentwurf der GRÜNEN formuliert worden ist. Wenn ich das, was im Gesetzentwurf der GRÜNEN steht, mit dem vergleiche, was von Ihnen kommen wird, kann ich nur sagen: Copy-and-paste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen ein grundständiges neunjähriges Gymnasium inhaltlich und pädagogisch reformieren. Sie schreiben, das Gymnasium müsse sich an den aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren. Das haben wir schon vorher gesagt. Ja, wir brauchen mehr Zeit für Persönlichkeitsentwicklung. Ja, die Heterogenität der Schülerschaft ist auch am Gymnasium gegeben. Sie haben sie jahrelang nicht wahrgenommen. Auch dort sind die Kinder und Jugendlichen unterschiedlich und müssen individuell gefördert werden. Ja, wir brauchen Digitalisierung. Wir brauchen mehr Zeit für politische und demokratische Bildung. Wie lange haben wir das gefordert? Jetzt

steht das bei Ihnen zumindest auf einem Papier. Wir brauchen mehr Zeit für vertieftes Lernen.

Unser Vorschlag der Verkürzung der Lernzeit lautet, dies in der 11. Klasse zu tun, also statt der 11. Klasse. Genau dieser Vorschlag hat sich durchgesetzt und wird jetzt umgesetzt. Andere Vorschläge sind wieder zurückgenommen worden. Hier hat sich also unser Realitätssinn bewährt.

Auch bei den haushälterischen Vorschlägen ist unsere Linie deutlich erkennbar. Ich habe zu Beginn des Jahres von 1.000 Lehrerstellen gesprochen, die dieses vorgeschlagene G 9 zukünftig braucht. Der Haushaltsvorsitzende Winter hat diese Zahl aufgegriffen; jetzt steht sie auch im sogenannten Bildungspaket der CSU-Fraktion. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese 1.000 Lehrerstellen werden wir brauchen, weil ein neues G 9 nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Man muss auch die Kosten für die Kommunen ansprechen. Wir haben zu Beginn des Jahres davon geredet, dass eine Milliarde für den Schulhausbau notwendig sein wird. Sie haben dann von 500 Millionen geredet. Mittlerweile redet der Städtetag von mindestens 750 Millionen. Wir werden also von der Milliarde nicht weit weg sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Erfahrung, auch als Kommunalpolitiker, ist: Schönrechnen von Projekten zahlt sich nie aus. Das bereut am Ende meistens derjenige, der zuvor schöngerechnet hatte. Deswegen gehen wir hier mit einer hohen Zahl hinein. Außerdem müssen wir ein Konsultationsverfahren mit den Kommunen durchführen, um die Kosten fair aufzuteilen. Die Kommunen sollen bei der Einführung eines neunjährigen Gymnasiums nicht den Schwarzen Peter ziehen.

Auch beim Thema der Einführung ist uns die CSU letztlich in der Sache gefolgt. Wir fordern in unserem Gesetzentwurf, dass die Fünftklässler des Schuljahres 2017/2018 die Ersten sein sollen, die das neunjährige Gymnasium absolvieren. Wie ist das von Ihrer Seite kritisiert worden! Wenn man sich nun aber Ihren Gesetzentwurf anschaut, sieht man, dass es in der Sache genau darauf hinausläuft: Die Fünftklässler des

Schuljahres 2017/2018 werden die Ersten sein, die diesen neunjährigen Weg gehen werden.

Wir schlagen auch vor, ab der 8. Klasse die Option eines zweiten Einstiegs zu bieten; denn wir sehen das Problem – und auch Sie werden es noch ganz deutlich zu sehen bekommen –, dass diejenigen, die jetzt im G 8 stecken, fragen werden: Was wird mit uns? Wie gehen wir damit um? – Sie werden diesen Schülerinnen und Schülern und vor allem deren Eltern Antworten bieten müssen. Außerdem haben Sie noch nicht das Problem gelöst, wie Sie in der Übergangsphase mit denjenigen Schulen umgehen werden, die die Mittelstufe Plus hatten.

Ich darf auch daran erinnern, dass wir schon frühzeitig gesagt und durch Gutachten belegt hatten, dass diese Mittelstufe Plus ein Rohrkrepierer ist, dass sie weder funktionieren wird noch umsetzbar ist. Sie haben das leider zu spät erkannt, und das kommt in diesem Gesetzentwurf auch nicht mehr vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf sagen: Dieser Gesetzentwurf, den wir heute hier abstimmen, schreibt in Bayern bildungspolitische Geschichte. Wie ich am Anfang gesagt habe, gehe ich davon aus, dass Sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen werden. Aber dieser Gesetzentwurf hat dazu geführt, dass Sie das G 9 jetzt neu einführen. Letztendlich muss ich sagen: Der bildungspolitische Realitätssinn der bayerischen GRÜNEN hat sich wieder einmal durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann die Minuten gar nicht mehr zählen, die wir hier zu dem Thema verbracht haben: Wie geht es weiter mit dem bayerischen Gymnasium? Ich erinnere daran: Es ist mindestens fünf Jahre her, dass die SPD diese Forderung erhoben hat.

2014 hatten wir auch einen ersten Gesetzentwurf eingebracht. Jetzt sind wir wieder so weit, dass wir das tun müssen und tun könnten, was in dieser Sache getan werden muss: die Veränderung von G 8 hin zu G 9 ins Gesetz zu schreiben. Das ist die Aufgabe des Hohen Hauses. Das ist die Aufgabe des Parlaments. Wir haben dem Kultusminister Spaenle immer gesagt, dass wir hier eine Lösung und eine gesetzliche Änderung brauchen; denn es wird mit G 8 und einigen zusätzlichen Lernzeitmodellen nach dem Motto, G 8 und G 9 seien gleichermaßen überholt, nicht funktionieren. Überholt ist die Aussage von Kultusminister Spaenle, dass das hier nicht geregelt werden müsse. Tatsächlich müssen wir das aber im Gesetz festschreiben. Künftig wird in Artikel 9 stehen: Das bayerische Gymnasium dauert wieder von der 5. bis zur 13. Jahrgangsstufe. Das ist ein Verdienst unserer hartnäckigen Arbeit hier in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich gehe, wie der Kollege Gehring, natürlich auch nicht davon aus, dass unseren beiden Gesetzentwürfen heute zugestimmt werden wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich glaube allerdings, dass Ihr Gesetzentwurf, den Sie vermutlich noch im Juli einreichen werden, dann nicht sehr viel anders aussehen wird. Denn was ist zu regeln? – Es ist der Artikel 9 Absatz 2, in dem die Zahlen stehen. Außerdem ist möglicherweise die Struktur des Gymnasiums bezüglich Unter-, Mittel- und Oberstufe zu regeln. Wie aus unserem zweiten Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung steht, hervorgeht, ist zu regeln, dass es in der Qualifikationsstufe wieder so etwas wie Leistungskurse geben soll. Wir haben hier den Begriff der Kultusministerkonferenz von den "zwei Fächern mit erhöhtem Anforderungsniveau" verwendet. Wir haben für die 11. Klasse ein Projektseminar, ein sogenanntes P-Seminar, vorgeschlagen. Außerdem haben wir vorgeschlagen, die Ausbildungsabschnitte wieder sauber zu trennen. Auch das findet man bei Ihnen. Deshalb wäre es umso erstaunlicher, wenn Sie unserem Gesetzentwurf nicht zustimmten. Schließlich haben auch Sie angekündigt, das regeln zu wollen.

Ich zitiere aus einem intern herumgeschickten Papier der Staatsregierung: Im Zuge einer etwaigen G-9-Einführung bietet es sich an, die Qualifikationsphase weiterzuentwickeln und unter anderem eine stärkere Profilierung unter Wahrung der Qualität der allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen. Die W-Seminare könnten nun zum Beispiel so mit dem grundständigen Fach verbunden werden, dass ein Vertiefungsfach nach Art der früheren Leistungskurse entsteht.

Herzlichen Glückwunsch, dass Sie das auch schon erkannt haben! Das steht bereits seit geraumer Zeit, seit Januar, in unserem Gesetzentwurf. Aber gute Dinge darf und kann man auch übernehmen. Das ist ganz legitim.

Es bleibt also festzuhalten, dass wir die Dinge, die jetzt zu regeln sind, bereits regeln. Hierin unterscheiden sich die Gesetzentwürfe der GRÜNEN und der SPD kaum voneinander. Zwar regelt unser Gesetzentwurf die Oberstufe etwas genauer, während der Gesetzentwurf der GRÜNEN hier offener bleibt; trotzdem werden wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN natürlich zustimmen.

Das ist jene Komponente der Gesetzesanpassung, die erst einmal hier im Hohen Hause beschlossen werden muss. Wenn es um die Ausrichtung des neuen Gymnasiums geht, ist das aber natürlich noch nicht alles. Hier muss an den Inhalten gearbeitet werden. Das ist aber klassischerweise nicht Aufgabe des Parlaments, das die Gesetze macht, sondern Aufgabe des ISB und der Staatsregierung. Ich glaube dennoch, dass wir hier darüber reden müssen. Im Moment haben wir nicht viel mehr als den Rohbau. Wie das künftige Gymnasium aussehen wird, wissen wir noch nicht genau. Ich denke aber, dass man darüber heute einige Worte verlieren muss.

Ich glaube, dass auch hier die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD genügend Vorschläge gemacht haben, wie wir uns ein modernes und zukunftsweisendes Gymnasium vorstellen. Als SPD haben wir ganz deutlich gesagt: Wir wollen für dieses Gymnasium eine Gesamtkonzeption. Wir wollen uns alle Stufen, von der Unterstufe bis zur Oberstufe, noch einmal genau anschauen. Wir wollen uns auch die Inhalte, die

Fächer und die Methoden anschauen. Schließlich hat jede dieser Stufen für die Entwicklung junger Menschen eine je eigene, besondere Bedeutung. Wir müssen uns also anschauen, ob das, was wir in der gymnasialen Unterstufe derzeit anbieten, zur Entwicklungsstufe der Kinder passt.

Als Beispiel möchte ich die Frage anführen, ob es wirklich richtig ist, den Unterricht in der zweiten Fremdsprache bereits in der sechsten Jahrgangsstufe beginnen zu lassen. Es spricht einiges dafür, in dieser Phase des Ankommens etwas langsamer voranzugehen. Der Beginn des Unterrichts in der zweiten Fremdsprache sollte vielleicht doch wieder in die siebte Jahrgangsstufe gelegt werden. Das sind Punkte, die ich nicht entscheiden möchte. Darüber sollen Fachleute entscheiden. Aber wir müssen darüber sprechen.

Wir Bildungspolitiker erhalten fast täglich Briefe über noch vorhandene Begehrlichkeiten. Ich erinnere mich an einen Brief eines Schulleiters, der ein Fach "Praktische Ernährungskunde" für die Unterstufe anregen wollte. Die Kinder könnten sich nun mit diesen Themen auseinandersetzen. Das ist und kann durchaus eine Aufgabe des Gymnasiums sein. Darüber kann und muss nachgedacht werden.

Ein Kardinalfehler des G 8 war es, Stoffgebiete und Themen in die Mittelstufe zu legen, die dort nicht richtig verortet gewesen sind. Ein Stichwort ist hier die Pubertät. Wir sollten darauf achten, welche Themen in dieser doch etwas schwierigen Altersstufe tatsächlich behandelt werden können und müssen. Unsere Prämisse sollte sein, den mittleren Schulabschluss als Standard zu erreichen. Das ist die Zielsetzung. Wir brauchen eine Grundlage für die Oberstufe. Es kann sicherlich noch einmal überdacht werden, welche Themen in dieser Stufe sinnvollerweise behandelt werden können.

Ein Herzstück, ich finde sogar, *das* Herzstück des Gymnasiums, muss die Oberstufe sein. Das Gymnasium ist nämlich die Schulart, die zum Abitur führt und damit zur Hochschulreife. Die Oberstufe ist die Vorbereitung auf das Studium. Ich möchte an dieser Stelle den scheidenden Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes zitieren.

Ich mache das ja äußerst selten. Dieser hat vor ein paar Tagen in einem Interview mit einer Zeitung Folgendes gesagt: Ich halte es für falsch, dass man ausgerechnet die 11. Klasse für die schnelleren Gymnasiasten zum Überspringen anbietet. Damit wird diese 11. Klasse für die anderen eine Erholungsklasse, und wir haben wieder keine dreijährige Oberstufe aus einem Guss; und das in einer Phase, in der die propädeutische Arbeit, also die auf wissenschaftliches Arbeiten vorbereitende Phase, beginnen soll.

Ich unterstreiche diese Aussage. Josef Kraus hat in diesem Fall recht. Wir müssen darüber wirklich noch einmal reden. Natürlich kann man auch in der 11. Klasse eine Verkürzung machen. Ich denke, wir müssen noch einmal genau hinschauen, wo die Verkürzung des Gymnasiums tatsächlich stattfinden kann. Es kann nicht sein, dass die neuen Inhalte in die 11. Klasse kommen und diejenigen, die das Gymnasium verkürzen, davon nichts haben. Das ist der falsche Ansatz. Deshalb lassen Sie uns auch die elfte Jahrgangsstufe als Bestandteil der Oberstufe insgesamt betrachten. Lassen Sie uns darauf genauer schauen.

Wir sind uns in diesem Hause einig darüber, dass es keinen Sinn macht, das Leistungsniveau am Gymnasium zu senken. Das will niemand. Die SPD will das auch nicht. Wir wollen, dass die Qualität des Gymnasiums in jedem Fall erhalten bleibt. Das muss ein Markenzeichen dieser Schulart sein. Es geht nicht darum, das Gymnasium durch die Verlängerung der Schulzeit leichter zu machen. Aber das Gymnasium muss für die jungen Menschen, die es besuchen, passgenau gestaltet werden.

Ich möchte deutlich darauf hinweisen, dass wir uns an dieser Stelle Gedanken machen müssen, was mit den großen Herausforderungen durch die verschiedenen Themen passieren soll. Jeder redet von politischer Bildung. Diese ist unbestritten notwendig. Jeder redet von digitaler Bildung. Diese ist unbestritten notwendig. Jeder redet von Medienkompetenz. Diese ist unbestritten notwendig. Aber wo ist der richtige Ort dafür? Wo setzt man diese Themen wie ein? Mit welcher Methode an welcher Stelle und mit welchem Zeitaufwand werden die Themen behandelt? Hier reicht nicht nur die

Forderung nach einer zusätzlichen Stunde Sozialkunde. Wir müssen uns genau überlegen, wie wir die Stundentafel stricken, damit wir diese Ansprüche zur richtigen Zeit erfüllen. Politische Bildung kann man in der fünften Jahrgangsstufe und muss man in der fünften Jahrgangsstufe beginnen. Die digitale Bildung muss man in der fünften Jahrgangsstufe beginnen und kann man nicht in die elfte Jahrgangsstufe verschieben. Es muss überlegt werden, wie diese Themen im Gymnasium untergebracht werden können. Es lohnt sich durchaus, die vielen Anregungen der Verbände, der Lehrkräfte, der Eltern und auch der Schüler genauer anzuschauen und jetzt die Diskussion zu führen, welche Inhalte das Gymnasium in welcher Jahrgangsstufe haben soll. Wir brauchen einen Konsens, damit das, was zum Schluss rauskommt, eine tragfähige Basis ist.

Zum Schluss möchte ich noch einige Schlagwörter anführen. Der Kollege Gehring hat dies bereits angesprochen: Es ist darauf zu achten, dass die Finanzierung vernünftig geregelt wird. Hierzu höre ich schon wieder aus Ihren Kreisen, dass sich die Kommunen "bereichern" und Geld "abzocken" wollten. Nein! Das Konsultationsverfahren soll fair und offen gestaltet werden. Das Konnexitätsprinzip soll umgesetzt werden. Es geht auch darum, die Lehrkräfte zur richtigen Zeit vorzuhalten. Das wird eine teure Geschichte werden. Wir müssen aber natürlich jetzt schon beginnen, die Lehrkräfte einzustellen, damit wir dann die besten für diese Aufgabe haben.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Wir müssen über ganz spezielle Themengebiete nachdenken. Das Thema Inklusion wird auch für das Gymnasium eine große Rolle spielen. Die Frage wird sein, wie wir künftig mit der Inklusion am Gymnasium umgehen. Dieses Thema war bereits gestern in der Forsa-Umfrage wichtig. Dazu gibt es noch keine vernünftige Antwort.

Ich möchte auch das Thema Ganztage nicht aussparen. Sie werden sehen, dass die neun Jahre am Gymnasium mit weniger Nachmittagsunterricht zu einer anderen Nachfrage und Notwendigkeit von Ganztagsangeboten führen werden. Es muss darüber nachgedacht werden, wie sich das Gymnasium hier gut aufstellen kann.

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Hoffnung äußern, dass Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es könnte ja sein, dass Sie doch noch zu dieser Erkenntnis kommen. Uns würde es freuen. Notwendig ist der Gesetzentwurf allemal. Ohne diese Gesetzesänderung wird es auf keinen Fall ein G 9 in Bayern geben können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zur Bundestagswahl sind es weniger als vier Wochen.

(Allgemeiner Widerspruch – Kerstin Celina (GRÜNE): Was?)

– Entschuldigung. Es sind weniger als vier Monate. Danke. – Viele Parteien haben die Eckpunkte ihres Wahlprogramms kundgetan und haben darin das Thema Bildung entdeckt. Alle Parteien räumen der Bildung einen besonders hohen Stellenwert ein. Das freut uns alle als Bildungspolitiker. Oberflächliche Betrachter könnten meinen, dass alle Parteien in puncto Bildung dasselbe wollen, nämlich eine qualitativ möglichst hochwertige Bildung. Aber die einzelnen Parteien haben unterschiedliche Auffassungen darüber, was qualitativ hochwertige Bildung ist. Die einen empfinden das Bildungssystem als gut, wenn man eine relativ hohe Abiturientenquote hat. Andere wiederum sind der Auffassung, dass eine hohe Bildungsqualität erreicht werden kann, wenn sehr viel Geld in das Bildungssystem investiert wird. Vor diesem Hintergrund bin ich eigentlich froh, dass Bildung Ländersache ist. Ich hoffe, dass das auch zukünftig so bleibt.

Für mich ist neben sehr gut ausgebildeten Lehrern, einem zukunftsorientierten Lehrplan und einer am Schüler ausgerichteten Pädagogik vor allem das differenzierte und durchlässige Schulsystem ein Markenzeichen der hohen Bildungsqualität in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das Bildungspaket, das die CSU-Fraktion und die Staatsregierung ins Rollen gebracht haben, ist nach meinem Wissen bundesweit einmalig.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Weltweit!)

Mit diesem Bildungspaket stärken wir den Bildungsstandort Bayern.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wahnsinn!)

Ein Teil des Bildungspakets ist das neue bayerische Gymnasium. Das wird nach einem intensiven Bildungsdialog nun auf den Weg gebracht. Das neue bayerische Gymnasium wird in der Fachwelt sehr positiv aufgenommen. Im Gegensatz dazu stehen heute die zwei Gesetzentwürfe vonseiten der SPD und der GRÜNEN, die man aus meiner Sicht nur mit dem Motto "Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht" überschreiben kann.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Güll, Sie haben vorher gesagt, wir ändern jetzt das Gesetz und dann müssen sich die Fachleute intensiv einbringen und die Details ausarbeiten. – Vielleicht wäre es in diesem Fall sinnvoll gewesen, die Fachleute vorher einzubinden.

(Zuruf von der SPD: Das sagt der Richtige!)

Die Gesetzentwürfe enthalten nämlich meines Erachtens grobe handwerkliche Fehler, die eigentlich nicht hätten passieren dürfen.

(Margit Wild (SPD): Lenkt nicht von euren Fehlern ab! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lieber Kollege Gehring, wir haben hier im Plenum und im Ausschuss diskutiert. Natürlich hat sich die CSU dieser Diskussion gestellt. Wir weisen während dieser Diskussion auf diese Fehler hin, und Sie werden in Gesprächen mit Fachleuten auf diese

Fehler hingewiesen. Daher verstehe ich nicht, weshalb Sie dieses Gesetzgebungsverfahren nicht dazu genutzt haben, Änderungsanträge einzubringen, um diese Fehler zu korrigieren. Das haben Sie nicht gemacht.

(Zuruf von der CSU: Richtig! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wieso machen Sie das dann nicht? Was ist mit Ihren Fehlern?)

Deswegen können wir Ihren Gesetzentwürfen nicht zustimmen. Mir bleibt nicht erspart, diese Fehler auch heute klar zu benennen, um zu dokumentieren, weshalb es nicht damit getan ist, einfach in das Gesetz reinzuschreiben: Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen fünf bis dreizehn. – Damit ist nicht alles erledigt, sondern es steckt mehr dahinter.

Gehen wir zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zum "G 9 neu". Sie wollen in Ihrem Gesetzentwurf erstens dieses "G 9 neu" gleichzeitig in der Jahrgangsstufe fünf und in der Jahrgangsstufe acht einführen. Das heißt, Sie müssen eine Stundentafel, einen Lehrplan und die entsprechenden Lehrmaterialien für ein Gymnasium entwickeln, das die Jahrgangsstufen fünf bis dreizehn umfasst, und gleichzeitig eine Stundentafel, einen Lehrplan und das entsprechende Lehrmaterial für ein Gymnasium, das die Jahrgangsstufen acht mit dreizehn umfasst; denn Sie wollen es ja gleichzeitig in der fünften und in der achten Jahrgangsstufe einführen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Das werden nur drei Schülerjahrgänge sein; denn dann wächst das Gymnasium von unten her an. Diese drei Schülerjahrgänge wachsen dann wie eine Baumscheibe durch das Gymnasium hindurch. Es wird wohl so sein, dass es für diese drei Jahrgänge keine Lehrmaterialien geben wird, weil es sich nicht rentiert, nur für drei Jahrgänge Lehrmaterialien zu entwickeln. Diese drei Jahrgänge haben dann einfach Pech. Deswegen werde ich sie im weiteren Verlauf "Pechvogeljahrgänge" nennen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Oh Mann!)

Das muss man sich praktisch vorstellen: Wenn dieses Gymnasium, das G 9 der GRÜNEN, eingeführt wird, dann unterrichten wir in der fünften Jahrgangsstufe nach der Stundentafel des neunjährigen Gymnasiums, in der sechsten und siebten Jahrgangsstufe nach der Stundentafel und dem Lehrplan des G 8,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das wird doch bei Ihnen auch so sein!)

in der achten Jahrgangsstufe den Pechvogeljahrgang und in den Jahrgangsstufen neun bis dreizehn wieder G 8.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber wie schaut es denn bei euch aus?)

Das möchten Sie an jedem Gymnasium umsetzen. Ich wünsche nicht nur den Lehrern, sondern auch den Schülern und Eltern sehr viel Spaß dabei.

Das Zweite ist die Frage, wann dieses "G 9 neu" eingeführt werden soll. Das Inkrafttreten ist zum 01.08.2017 vorgesehen, also in rund zwei Monaten. Wann soll es umgesetzt werden? Wann wird es an den Gymnasien eingeführt? – In dreieinhalb Monaten, nämlich Mitte September. Bis dahin muss nicht nur die Gymnasialschulordnung – GSO – geändert werden, sondern es müssen auch zwei Stundentafeln entwickelt werden und zwei Lehrpläne gemacht werden. Die Lehrer sollen in diese Lehrpläne eingewiesen werden, damit sie in dreieinhalb Monaten entsprechend unterrichten können.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Schulbuchverlage innerhalb von dreieinhalb Monaten die entsprechenden Schulbücher auf den Markt bringen werden, geschweige denn, dass die Kommunen überhaupt die Möglichkeit hätten, diese zu erwerben. Die Vorlaufzeit von zwei bzw. dreieinhalb Monaten ist viel zu kurz. Herr Kollege Gehring, ich sage Ihnen das eine: Wer diesem Gesetzentwurf heute zustimmt, hat aus meiner Sicht das moralische Recht verloren, die Einführung des G 8 noch zu kritisieren. Das muss ich Ihnen ganz offen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ein dritter Punkt: Der mittlere Schulabschluss soll nach dem Gesetzentwurf nach der zehnten Jahrgangsstufe erreicht werden. Die SPD hat wenigstens hineingeschrieben, dass dies nach erfolgreichem Besuch der zehnten Jahrgangsstufe der Fall sein soll. Sie haben einfach gesagt, dass dieser Abschluss nach der zehnten Jahrgangsstufe erreicht wird.

Jetzt schauen wir uns diesen Pechvogeljahrgang an. Dieser hat in der fünften, sechsten und siebten Jahrgangsstufe das G 8, in der achten, neunten und zehnten Jahrgangsstufe Ihren neuen Lehrplan. Trotzdem soll dieser Jahrgang die KMK-Bestimmungen für die mittlere Reife nach der zehnten Klasse erfüllen. Wir haben es bei der Mittelstufe Plus nicht geschafft. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns vorstellen, wie Sie hier die KMK-Bestimmungen erfüllen. Das war wohl der Grund, weshalb die SPD zumindest im Ausschuss nicht zugestimmt hat, Herr Kollege Güll, und auch die FREIEN WÄHLER nicht. Sie von den GRÜNEN waren die Einzigen, die den Gesetzentwurf positiv begleitet haben.

Nun komme ich zum Gesetzentwurf der SPD zum neunjährigen Gymnasium in Bayern. Meine Damen und Herren, wenn man tiefgreifende Eingriffe in die Gymnasialstruktur macht, hat das natürlich erhebliche Auswirkungen. Beachtet man dies nicht, dann kann es passieren, dass man Vorgaben macht, die sich gegenseitig ausschließen. Zum Beispiel wurde die Pflichtwochenstundenzahl vonseiten der SPD auf 270 Wochenstunden festgelegt. Im G 8 haben wir 265 Wochenstunden, hier hätten wir 270. Wir bekommen 12,5 % mehr an Jahren, aber nicht einmal 2 % mehr an tatsächlich unterrichteten Stunden. Ob das der große Qualitätssprung ist, Herr Güll, den Sie vorher angepriesen haben, wage ich zu bezweifeln; denn durchschnittlich haben die einzelnen Klassen rund 30 Wochenstunden. Das sind weniger Stunden, als die Schüler an der Mittelschule haben. Gleichzeitig möchten Sie aber die Erhöhung der Wochenstundenzahl in den Kernfächern, die Beibehaltung der Intensivierungsstunden,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

die Stärkung der politischen Bildung, mehr Lernzeit, verstärkte Allgemeinbildung, mehr Entschleunigung und verstärkte Persönlichkeitsbildung. Das alles wollen Sie mit ganzen fünf Wochenstunden mehr.

(Michael Hofmann (CSU): Zauberer!)

Wer sich jemals mit dem Thema Stundentafel beschäftigt hat, wird Ihnen bestätigen, dass das bei bestem Willen nicht realisierbar ist. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf eine Mogelpackung. Wer dennoch daran festhält, lügt sich aus meiner Sicht in die eigene Tasche.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben weiter festgelegt, dass in jeder Stufe – Ober-, Mittel- und Unterstufe – 90 Wochenstunden unterrichtet werden. Das heißt, dass auch in der Oberstufe 90 Wochenstunden unterrichtet werden.

(Martin Güll (SPD): In der Regel!)

– Das ist nicht die Regel. Das steht in Ihrem Gesetzestext drin.

(Martin Güll (SPD): Das steht nicht im Gesetz!)

90 Wochenstunden für drei Schuljahre, das heißt, durchschnittlich 30 Wochenstunden je Schuljahr. Das ist der Umfang, in dem auch die vierte Jahrgangsstufe an der Grundschule Unterricht hat. Damit reduzieren Sie automatisch die bestehende Belegungsverpflichtung in der Qualifikationsphase. Wir haben aber KMK-Bestimmungen, die erfüllt werden müssen. Das heißt, dank der Festlegung des Umfangs der Stundenzahl in der Oberstufe, nämlich deutlich niedriger als jetzt, nehmen Sie automatisch in Kauf, dass wir eine Reduzierung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächerbelegung in der Qualifikationsphase haben. Gleichzeitig machen Sie aber die Vorgabe, die politische Bildung zu stärken. Das ist ein Widerspruch. Darüber hinaus sagen Sie, dass Sie in

der Q-Phase zwei Leistungskurse einführen wollen. Das geht leider nicht zusammen. Das sind Vorgaben, die nicht kompatibel sind.

Darüber hinaus machen Sie in Ihrem Gesetzentwurf keinerlei Aussagen zur Mittelstufe Plus, obwohl Sie das von uns bis vor Kurzem noch vehement verlangt haben.

Herr Kollege Gehring, Sie haben die Kosten angesprochen. Angeblich haben Sie etwas von einer Milliarde Euro gesagt. Die CSU ist bei einem mittleren dreistelligen Millionenbetrag. Aber in Ihrem Gesetzentwurf stehen allein für die Kosten der Konnektivität nicht eine Milliarde Euro, sondern 1,5 Milliarden Euro.

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Typisch!)

Das ist die Hälfte mehr, als Sie uns vorher in Ihrer Rede – ich hätte fast gesagt: untergejubelt haben – hier an diesem Tisch gesagt haben. Eine halbe Milliarde Euro ist sehr viel Geld. Deshalb würde ich sagen: Bleiben wir doch bei den Fakten. Bleiben wir bei den Zahlen, die Sie in Ihren Entwürfen genannt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich richtig zusammengezählt habe, haben wir in den letzten Jahren zehn verschiedene Vorschläge zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums vonseiten der Oppositionsfraktionen bekommen und darüber diskutiert. Deswegen mein Rat: nicht Masse statt Klasse, sondern Qualität vor Quantität!

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grund können wir beide Gesetzentwürfe nicht mittragen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Lederer, das moralische Recht, wer was kritisieren darf, würde ich ein bisschen tiefer hängen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Wir reden nicht über moralische Rechte, wenn wir über das G 8 und das G 9 reden. Wir reden über unterschiedliche Konzepte. Dass das G 8 schiefgelaufen ist, haben Sie letztlich selber einsehen müssen. Ich will aber gar nicht mehr über die Vergangenheit reden. Ich will über unseren Gesetzentwurf sprechen.

Wir reden über die Einführung des G 9 für die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr in die 5. Klasse kommen. Wir haben einen unterschiedlichen Zeitraum für das Inkrafttreten des Gesetzes. Faktisch sind aber die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr in die 5. Klasse kommen, die ersten G-9-Schüler. Das ist nach unserem Gesetzentwurf so, und soviel ich weiß, wird es nach Ihrem Gesetzentwurf genauso sein. Nach Ihrem Gesetzentwurf werden die Schüler in der 5. Klasse faktisch noch G-8-Schüler und ab der 6. Klasse G-9-Schüler sein. In der pädagogischen Arbeit gibt es keinen Unterschied gegenüber unserem Gesetzentwurf. In der 5. Klasse wird sich zunächst nicht sehr viel ändern. Erst ab der 6. Klasse werden mit dem neuen Lehrplan die neuen Konzepte entwickelt und die entsprechenden Unterrichtsmaterialien vorbereitet, sodass mit dem Aufwachsen dieses Schülerjahrgangs die erforderlichen Materialien geliefert werden. Wir brauchen für die jetzigen Fünftklässler im nächsten Jahr noch nicht die Materialien für die 7., die 8. oder die 9. Klasse dieses Schülerjahrgangs zu haben. Das muss aufgebaut werden, und das wird nach unserem Gesetzentwurf nicht anders sein als nach Ihrem. Wir machen es gesetzestechnisch anders, aber faktisch ist es das Gleiche.

Die Ansage an die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse des kommenden Schuljahrs lautet: Ihr seid die ersten G-9-Schüler. Das haben die Eltern gefordert. Es wäre gut gewesen, das den Eltern schon im März bei den Anmeldungen und den Informationsveranstaltungen an den Schulen zu sagen. Wir hätten es ihnen gesagt, Sie haben es ihnen nicht gesagt. Das wäre besser gewesen, faktisch ist es aber das Gleiche.

Das Zweite, die 8. Klasse – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die zwei Minuten erinnern?

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich will nur sagen: Auch das ist zu schaffen. Achtklässler, die im G 8 nach der 10. Klasse die Mittlere Reife haben, hätten dann noch drei Jahre Zeit bis zum Abitur. Sie bauen einen Popanz auf. Aber ich sehe, Sie haben sich sehr mit dem Thema beschäftigt. Ich gehe davon aus, dass Sie in der Auseinandersetzung mit unseren Gesetzentwürfen sehr viel gelernt haben. Ich bin gespannt, wie diese Lernerfahrung bei Ihrem Gesetzentwurf zum Tragen kommt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Kollege Lederer das Wort. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, zum einen möchte ich ganz klar feststellen, dass das G 8 nicht gescheitert ist.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, die Staatsregierung ist gescheitert!)

Sie waren doch selbst bei den Anhörungen in den Jahren 2012 und 2014 dabei. Ich muss doch nicht wiederholen, dass 2012 im Bildungsausschuss – Sie waren damals dabei, ich nicht – ganz klar festgestellt wurde, das G 8 sei nicht totgelaufen. Im Gegenteil, es wurde akzeptiert.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Warum haben Sie es jetzt geändert?)

Dass der Rahmen des achtjährigen Gymnasiums für die Weiterentwicklung, für das, was wir in Zukunft machen wollen, sehr eingeschränkte Möglichkeiten bietet, während ein neunjähriges Gymnasium weitere Möglichkeiten bietet, darin sind wir uns ganz einig.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Hoffentlich glauben Sie auch daran!)

Herr Kollege Gehring, auf die Frage, ob ich in der Auseinandersetzung mit Ihrem Gesetzentwurf sehr viel gelernt habe, kann ich Ihnen eine Antwort geben. Das, was Sie

gerade alles gesagt haben, kann ich nicht beurteilen. Ob Sie eine ähnliche Stundentafel entworfen haben wie das, was wir geplant haben, weiß ich nicht; denn ich habe von Ihnen noch kein einziges Wort über eine Stundentafel oder einen Lehrplan gehört; überhaupt noch nichts habe ich davon gehört.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir von Ihnen auch nicht!)

Das ist eben der große Unterschied zwischen dem, was wir, die CSU, gemacht haben, und dem, was Sie als Oppositionspartei gemacht haben. Sie haben es sich sehr einfach gemacht und ein Gesetz in die Wege geleitet, in dem neun Jahre als Lernzeit festgelegt werden. Dazu, wie diese neun Jahre ausgefüllt werden sollen, welche Stundentafel dahintersteckt und welche Gedanken Sie sich über den Lehrplan gemacht haben, haben wir gar nichts gehört, auch nicht in der Diskussion im Ausschuss. Deswegen konnte ich leider sehr wenig lernen, weil zu diesen Fragen nichts vorhanden war.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Piazolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gute Nachricht, die wir schon seit einer ganzen Weile hören, lautet, dass das neunjährige Gymnasium in Bayern wieder kommt. Das hat bei der CSU lange, zu lange gedauert. Ich will ein bisschen zurückblättern. Wir FREIE WÄHLER hatten schon im Oktober 2013 einen recht schmalen Gesetzentwurf eingereicht, aber der von der CSU wird wahrscheinlich auch nicht sehr dick sein. In diesem Gesetzentwurf werden auch keine Stundentafeln stehen.

Bei diesem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ging es darum, das neunjährige Gymnasium in Bayern wieder einzuführen. Damals, vor dreieinhalb Jahren, hat die Kollegin von der CSU, Frau Kerstin Schreyer-Stäblein, Folgendes gesagt:

Aus unserer Sicht hat sich das Gymnasium so, wie es jetzt läuft, bewährt.

Das kann man aus der Sicht der CSU so sagen. Jetzt kommt es:

Die Idee eines neuen G 9 ist überholt. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern an dieser Stelle ein Rückschritt.

Das war die Aussage der CSU im Jahr 2013. Genau diese Idee hat die CSU aber heute. Dreieinhalb Jahr später folgen Sie dieser damals von den FREIEN WÄHLERN vorgebrachten Idee. Damals folgten Sie dieser Idee nicht, weil sie überholt war. Was vor dreieinhalb Jahren überholt war, machen Sie jetzt. Das erklären Sie einmal den Leuten! Genau das ist das Problem. Heute haben Sie zu erklären, warum Sie das G 9 unter Herrn Stoiber abgeschafft haben, warum Sie dann die ganzen Jahre über das G 8 für toll befanden und warum Sie es jetzt wieder abschaffen und das G 9, das Sie jahrelang verteufelt haben, wieder einführen. Das G 8 ist nun einmal nicht leicht zu erklären. Genau deshalb haben Sie sich mit dem Wechsel so schwergetan. Das verstehe ich auch. Wenn Sie aber jetzt sagen, Sie hätten alles so toll gefunden, das alte G 9 sei toll gewesen, das G 8 sei toll gewesen und das neue G 9 sei toll, dann glauben es Ihnen die Menschen im Lande nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Folgende: Nach dem Stoiber'schen Bildungskahlschlag von damals ist jetzt langsam die Aufforstung wieder gelungen. Ich zähle es noch einmal auf: Das Büchergeld wurde abgeschafft, inzwischen ist es wieder eingeführt. Die Studiengebühren wurden damals eingeführt, vor einiger Zeit wurden sie wieder abgeschafft. Damals wurde von Stoiber auch das G 8 eingeführt, jetzt wird es wieder abgeschafft. Nach diesem enormen Kahlschlag in der

Bildungspolitik haben Sie jetzt über zehn Jahre gebraucht, um wieder sorgfältig ein paar Pflänzchen wachsen zu lassen. Sich dafür aber auch noch loben lassen zu wollen, schlägt dem Fass den Boden aus, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will jetzt zu den Gesetzentwürfen kommen. Wir werden genauso abstimmen, wie wir es im Ausschuss getan haben. Wir werden uns beim Gesetzentwurf der GRÜNEN enthalten und dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen. Wir werden dem Entwurf der SPD nicht deshalb zustimmen, weil uns daran jede Einzelheit gefällt oder weil jede Einzelheit perfekt ist. Wir wollen mit unserer Zustimmung aber ein Zeichen setzen, wir wollen deutlich machen, dass die verschiedenen Fraktionen der Opposition – Kollege Lederer hat es zu Recht gesagt – schon zehn Initiativen ergriffen haben. Ich will gar nicht sagen, dass alle zehn Initiativen perfekt waren. Es hat aber zehn Initiativen gebraucht, bis auch die CSU endlich eingesehen hat: Ja, wir brauchen ein neues G 9. Da waren alle anderen schneller: Der Philologenverband war schneller; der BLLV war schneller; der Realschullehrerverband war sogar einverstanden. Die Eltern waren einverstanden, sogar die Schulleiter waren davon überzeugt, obwohl das nicht immer diejenigen sind, die gleich nach Neuerungen schreien.

Worum geht es jetzt? – Ich glaube, darin sind wir uns einig. Es geht nicht nur um einen neuen Gesetzentwurf, sondern es geht – und hier stimme ich wieder Herrn Kollegen Lederer zu –, um die Fragen der Ausgestaltung. Einer der Punkte, die hier anzusprechen sind, ist die Gerechtigkeit. Das Fallbeil fällt jetzt, und diejenigen, die jetzt in der 4. Klasse sind, dürfen das neunjährige Gymnasium machen. Die aber, die jetzt in der 5. Klasse sind – und hier verwende ich den Ausdruck, den Sie hier gerade auch verwendet haben, Herr Lederer –, diejenigen also, die jetzt in der 5., 6., 7. oder auch 8. Klasse sind, befinden sich in den Pechvogelklassen. Das sind jetzt die Pechvogelklassen, weil sie nicht mehr – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die haben sich dafür angemeldet und wussten, was auf sie zukommt!)

– Das ist ein einfaches Argument, Frau Kollegin. Man kann nicht einfach sagen, sie haben sich angemeldet, sie wussten es. Die konnten doch gar nichts anderes nehmen!

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aber sie wollten es!)

– Nein, sie mussten das nehmen, weil es in Bayern nur die eine Form des Gymnasiums gibt. Deshalb haben sich die Schüler angemeldet. Nun aber weigert sich die CSU, darüber nachzudenken, wie man diesen Klassenstufen auch ein neunjähriges Gymnasium, in welcher Form auch immer, ermöglichen kann. Diese Bedenken hatten Sie übrigens damals bei der Einführung des G 8 nicht, Frau Kollegin. Damals hat Herr Stoiber gesagt: Wir nehmen sowohl die 5. als auch die 6. Klasse. – Die hatten sich damals aber sehr wohl für etwas anderes angemeldet, nämlich für das neunjährige Gymnasium. Da gab es aber anscheinend keine Bedenken bei der CSU zu sagen: Die haben sich dafür angemeldet, wir bieten ihnen trotzdem etwas anderes. Jetzt aber wird die Argumentation umgedreht. Ich glaube, es ist nicht sehr ehrlich, so zu argumentieren. Wir müssen uns schon überlegen, was wir für die Schüler tun, die jetzt in der 5., 6., 7. oder 8. Klasse sind, um den Übergang abzufedern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben deshalb eine Petition gestartet. Es ist kein Wunder, dass sich in diese Petition Tausende eingetragen haben. Die Menschen draußen im Lande sagen nämlich: Das ist ungerecht. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, wir haben als Eltern zwei Volksbegehren mit initiiert und gestartet, und nun, nur weil die CSU so langsam ist, weil sie nicht in die Gänge gekommen ist, müssen unsere Kinder leiden.

(Petra Guttenberger (CSU): Warum sind Sie dann nicht erfolgreich gewesen, Herr Kollege?)

– Beide Volksbegehren waren natürlich erfolgreich, weil die CSU – –

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Weil die CSU dann eingesehen hat – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Nein, Sie müssen schon sehen, was Erfolg heißt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Jetzt hat er Realitätsverluste!)

Erfolg heißt, wie früher schon Helmut – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Erfolgreich wie die FREIEN WÄHLER?)

– Erfolgreich wie die FREIEN WÄHLER, das unterschreibe ich natürlich, Frau Kollegin. Ich bitte sogar, diesen Zuruf ins Protokoll aufzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich dafür. Danke schön!

(Josef Zellmeier (CSU): Das war doch eine rhetorische Frage!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist Folgendes wichtig: Wir müssen etwas für die Schülerinnen und Schüler tun, die jetzt auf dem Gymnasium sind, damit sie die Chance einer längeren Lernzeit haben. Wir müssen – und das ist schon angesprochen worden – etwas tun, um die digitale Bildung zu stärken. Auch hier ist etwas in Ihrem Bildungspaket geschehen. Ich bin, das sage ich ganz offen, Ihrer Meinung, dass – und das unterstütze ich – auch etwas für die anderen Schularten getan werden musste. Aus meiner Sicht ist es noch zu wenig, aber immerhin.

Wenn wir zusammenfassen, dann muss man konstatieren, dass die CSU eine enorme Unruhe in die Schullandschaft gebracht hat, eine enorme Unruhe! Über zehn Jahre lang hat uns das Gymnasium beschäftigt, gerade aber in der vergangenen und in die-

ser Legislaturperiode. Insofern gibt es eine Bringschuld. Allerdings haben Sie nachgebessert, das muss man klar sagen. Ich begrüße es, dass es jetzt wieder ein neunjähriges Gymnasium gibt. Der Zeitplan wurde aber nicht eingehalten, es wurde sehr viel Porzellan zerschlagen. Auch aus diesem Grund rufe ich die Kollegen der CSU dazu auf, sich noch einmal zu überlegen, ob es für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die jetzt schon auf dem Gymnasium sind, insbesondere in der 5. Klasse, vielleicht doch Möglichkeiten gibt, eine verlängerte Schulzeit anzubieten. Gerade in der Mittelstufe oder der Oberstufe könnten Entzerrungen vorgenommen werden. Denken Sie doch noch einmal darüber nach. Sie befinden sich doch in einer Phase des Nachdenkens und des Überlegens. Dem Redebeitrag von Herrn Kollegen Lederer habe ich entnommen, dass das sehr ernsthaft und gründlich gemacht wird. Insofern kann man solche Überlegungen auch mit einspeisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat noch Frau Kollegen Claudia Stamm das Wort für bis zu drei Minuten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor acht Jahren in den Landtag nachgerückt bin, wollte ich unbedingt in den Bildungsausschuss. Das war mein Lieblingsausschuss. Ich habe gesagt, da möchte ich hinein. Ich bin dann aber für die GRÜNEN-Fraktion in den Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten gegangen. Ehrlich gesagt bin ich darüber froh, ich bin sogar wirklich dankbar; denn wie oft hätte ich den Ausschuss genervt mit Vorwürfen wie diesen: Wie viel Unterricht fällt bei meiner Tochter wieder aus? Muss es wirklich so wenig Sport sein? – Als Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern hätte man es kaum geschafft, in diesem Ausschuss abstrakt zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber gerade nicht um die eigenen Kinder, auch nicht um die Kinder des Nachbarn oder der Nachbarin. In der Politik geht es vielmehr darum, Visionen zu entwickeln und gute Rahmenbedingungen für den Einzelnen in Bayern oder für ganz Bayern zu schaffen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es gut, dass Bayern endlich zum G 9 zurückkehrt. Sehr geehrte Staatsregierung, sehr geehrter Herr Staatssekretär Sibler, machen Sie es aber bitte endlich gescheit. Bitte setzen Sie nicht einfach eine Klasse oben drauf, und lassen Sie die zweite Fremdsprache nicht einfach in der 6. Klasse. Das ist so absurd, das gibt es überhaupt nicht mehr. Aber okay, heute hat auch die Staatsregierung öffentlichkeitswirksam dargestellt, dass sie jetzt endlich für die Digitalisierung an den bayerischen Schulen sorgen wird. Ich weiß nicht, wie lange wir das schön hören, seit wie vielen Jahrzehnten, dass es das Internet, den Computer an den bayerischen Schulen gibt. Auch heute haben wir das wieder gehört. Anspruch und Wirklichkeit gehen in Bayern wirklich sehr weit auseinander, gerade an den Schulen. Nach der ganzen G-8-Dauerbaustelle setzen Sie bitte nicht die alte Bildungsdebatte wieder neu auf!

Ich finde aber auch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht um die eigenen Kinder geht. Es geht auch nicht nur um die Gymnasien. Deshalb ist es gut, dass wir diese Debatte jetzt endlich hinter uns haben. Wir haben nämlich auch andere Schulen im Land, und es muss endlich wieder eine Vision von einem längeren gemeinsamen Lernen geben. Es muss endlich darüber geredet werden, dass auf dem Land Gemeinschaftsschulen möglich sind, wie beispielsweise im Landkreis Ansbach. Das ist nämlich eine Chance für den ländlichen Raum. Sie reden ständig von gleichen Lebensverhältnissen in Bayern. Dafür müssen Sie es aber der Schule vor Ort ermöglichen, sich zu öffnen. Sie müssen endlich sagen: Okay, die Schüler sollen länger gemeinsam lernen, damit der Standort erhalten werden kann. – Das ist wichtig für den ländlichen Raum. Das ist der Punkt, so kommen wir weiter. Es gibt Schulen, Bürgermeister und Direktoren, wie beispielsweise im Landkreis Ansbach, die das machen wollen. Machen Sie das, tun Sie etwas für den ländlichen Raum. Machen Sie auch

etwas für die Schülerinnen und Schüler in Bayern. Ermöglichen Sie endlich das gemeinsame Lernen für die Schülerinnen und Schüler.

Machen Sie endlich etwas mit Gestaltungskraft, und setzen Sie nicht wieder einfach nur das Alte erneut auf. Das ist derart langweilig und total von gestern. Der Brief, der vom Kultusministerium an die Direktoren gegangen ist, ist eigentlich nur noch peinlich. In dem Brief steht nämlich nur wiederholt, dass das bayerische Gymnasium jetzt neu entwickelt wird. Ich aber möchte, dass wir als Politiker Visionen entwickeln und endlich etwas für den ländlichen Raum tun.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun Herr Staatssekretär Sibler das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Über die beiden Gesetzentwürfe der Oppositionsparteien ist schlicht die Zeit hinweggegangen. Mit den Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion sind wir nämlich deutlich darüber hinausgegangen und haben den Rahmen für ein neues bayerisches Gymnasium vorgegeben. Besonders spannend ist es jetzt zu sehen, wer sich diesen Erfolg auf die Fahnen schreibt. Vom Kollegen Gehring habe ich fast schon Geschichtsklitterung gehört; das war ganz bemerkenswert. Besonders peinlich finde ich die wahrscheinlich auch noch sehr teure Anzeigenkampagne der FREIEN WÄHLER, die wenige Leute gesehen haben. Aber die, die sie gesehen haben, haben gefragt: "Was haben denn die damit zu tun gehabt? – Das waren doch eure Beschlüsse."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das Ganze nicht nur mit einem gymnasialen Thema kombiniert, sondern wir haben ein komplettes Bildungspaket daraus gemacht mit 1.000 Stellen fürs Gymnasium, die wir natürlich brauchen, aber auch weiteren Stellen für die Schulverwaltung, die Leitungszeit für Lehrkräfte, vor allem auch für die Förderschulen und die beruflichen Schulen. Die beiden Letzteren sind

sehr wichtige Schularten, stehen aber leider nicht jeden Tag im Fokus der Diskussionen.

Uns war aber auch ganz, ganz wichtig, nicht das nachzumachen, was Niedersachsen vorgemacht hat, nämlich den Stoff von acht Schuljahren schlicht auf neun Jahre zu verteilen. Wir werden vielmehr eine Stundentafel vorlegen, die um die 18 Stunden mehr hat. Damit sind natürlich mehr Stunden, mehr Inhalte und auch ein höherer inhaltlicher Anspruch verbunden. Das halte ich für ganz wichtig. Wir wollen kein Gymnasium light, sondern ein qualitativvolles bayerisches Gymnasium, das dem Anspruch von vielen Jahren bayerischer Bildungspolitik gerecht werden wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen nicht, dass sich die Übertrittsquoten fundamental verschieben. Wir wollen auch, dass die anderen Schularten weiterhin ihre Schülerzahlen haben, weil es sonst an anderer Stelle immer wieder diese Strukturdebatten gibt. Ich bin jetzt ganz froh, dass wir die Übertrittszahlen in diesem Jahr wieder stabil halten konnten, weil wir keine Vereinfachung, keine Qualitätsabsenkung in Kauf nehmen wollen. Wir kommunizieren vielmehr klar, dass wir weiterhin an der Qualität festhalten.

Das war das Ergebnis des ergebnisoffenen Dialogprozesses. 70 % der Eltern und der Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe Plus haben gesagt, sie wollten eher den längeren Bildungsgang. Allerdings haben 30 % der Schülerinnen und Schüler gesagt, sie könnten sich auch einen kürzeren Weg vorstellen. Das führt dazu, dass wir in der 11. Klasse die Möglichkeit zum Überspringen organisieren und mit gutem Vorlauf gestalten werden. Dass wir diese positive Erfahrung in diesem Konzept mit abbilden werden, halte ich auch für ganz wichtig. Das haben 80 % der Eltern, die die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien befragt hat, befürwortet. Das muss man klar sehen. Das ist in den Dialogprozess und in die Entscheidungsfindung mit eingeflossen.

Die 11. Klasse als Erholungsklasse zu bezeichnen, geht klar an der Sache vorbei, finde ich; denn wir wollen hier natürlich auch inhaltliche Ansprüche stellen. Lieber Kollege Güll – ich sage das auch zu den Kollegen vom Deutschen Lehrerverband –, in der 11. Klasse des alten Gymnasiums konnte man auch ein Auslandsjahr einbauen oder all diese Dinge, die als Wunsch immer wieder an uns herangetragen worden sind.

Ganz deutlich möchte ich noch eines sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: 2003 war Deutschland der kranke Mann Europas; 2003 haben wir darüber debattiert, dass die Hochschulabsolventen in Bayern und in Deutschland im europäischen Vergleich schlicht zu alt sind. Damals haben wir uns über ein Alter von 28 Jahren unterhalten. Heute stehen wir bei einem Abschlussalter, bei dem viele Hochschulpolitiker schon wieder sagen: "Ah, die sind ja alle viel zu jung – wir müssen ganz was Anderes machen!" – Auch da haben wir einen wesentlichen Punkt umsetzen können, was uns jetzt zeitlichen Spielraum gibt. Das sollte man nicht übersehen. Hier hat sich etwas verändert, was bei der Entscheidungsfindung von Staatsregierung und Mehrheitsfraktion eine wichtige und große Rolle gespielt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man kann guten Gewissens beide Gesetzentwürfe ablehnen. Kollege Lederer hat die handwerklichen Schwächen sehr, sehr deutlich beschrieben; danke dafür. Es ist schlicht so, dass die Zeit über beide Gesetzentwürfe hinweggegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zuerst über den Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/14945 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem

Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen von SPD und FREIEN WÄHLERN. Die Abgeordnete Claudia Stamm ist nicht da. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15007. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auch hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf ebenfalls abgelehnt.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 6 und 7 erledigt.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, Drucksache 17/15781, bekannt: Mit Ja haben 99 Abgeordnete gestimmt, mit Nein hat niemand gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich 37 Abgeordnete.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum".